

# Kollektive Identität in der radikalen Demokratietheorie. Die Wahlen zum Europäischen Parlament in österreichischen Medien<sup>1</sup>

---

CORNELIA BRUELL

## 1. Einleitung

Existenz und Notwendigkeit einer kollektiven Identität in der Europäischen Union sind Thema einer Reihe von Studien zur Europäischen Integration. Auf Basis einer kritischen Gegenwartsanalyse, die den Verfall des gemeinschaftlichen Zusammenhalts konstatiert (vgl. Castells 2002), beschäftigen sich Europäische IntegrationstheoretikerInnen meist mit der legitimatorischen Notwendigkeit von Identifikation mit politischen Systemen. „Diversität“, „Individualisierung“ und „Fragmentierung“, so der Tenor, wirken dieser Identifikationsnotwendigkeit entgegen. Diese Dynamiken münden zudem in „Politikverdrossenheit“ und fehlende politische Partizipation der BürgerInnen. In der europäischen Integrationsgeschichte finden sich die genannten Schlagworte auch im vom Europäischen Parlament auserkorenen Motto repräsentiert: „in Vielfalt geeint“<sup>2</sup>. Es legt Zeugnis über den Versuch ab, trotz Pluralität ein Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen und darüber dem Entpolitisierungsprozess entgegenzutreten. Der Aspekt „Vielfalt“ scheint dabei weniger problematisch als die Behauptung der „Einigung“. Die gescheiterten Referenden zum Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden 2005 bezeugen, dass immer noch äußerst divergente Vorstellungen darüber bestehen, wie dieses politische System zu definieren und was von ihm zu erwarten ist. Von französischer Seite wurde vor allem kritisiert, dass sich der Verfassungsvertrag sozialen Fragen zu wenig widmen würde, d.h. zu wirtschaftsliberal orientiert wäre. Außerdem sollte der Beitritt der Türkei mit einem Nein

---

1 Für kritische Kommentare und wertvolle Hinweise während des Entstehungsprozesses bedanke ich mich insbesondere bei Monika Mokre und Martin Nonhoff.

2 Angenommen wurde das Motto 2001 vom Europäischen Parlament, nachdem ein SchülerInnenwettbewerb in den damals 15 Mitgliedstaaten veranstaltet worden war.

zum Verfassungsvertrag verhindert werden. In den Niederlanden hingegen spielte das Thema Türkei eine untergeordnete Rolle. Eine mögliche Gefährdung der nationalen Identität und ein generelles „negatives Gefühl“ gegenüber der Europäischen Union waren sowohl in Frankreich als auch in den Niederlanden, dort sogar erstplatziert, ausschlaggebend für die Negativvoten.<sup>3</sup> In den Beurteilungen der momentanen Verfasstheit und der künftigen Entwicklung der Europäischen Union gehen die Vorstellungen also auseinander. Zugleich werden aber das Fehlen einer Europäischen<sup>4</sup> Identität oder, allgemeiner, das Verhältnis von nationaler und EUropäischer Identität in ähnlicher Weise als problematisch interpretiert.

Dabei sind die Vermutungen über die Ursachen fehlender kollektiver Identifikationen mit der Europäischen Union vielgestaltig. Etablierte Integrationstheorien verweisen insbesondere auf die Notwendigkeit einer politisch-demokratischen Identifikation und verbinden das Fehlen einer solchen mit einem Demokratiedefizit in der EU. Manche erklären die Unmöglichkeit einer derartigen Identifikation auch mit der Inexistenz eines EUropäischen *demos* (d.h. Wahlvolk) (vgl. Abromeit 1998; Cederman 2001; Holzinger et al. 2005: 91; Weiler 1995, 1999).<sup>5</sup> In der Diskussion deuten sich zwei Wege an, wie sich solch ein *demos* konstituieren könnte: Kulturalistische Erklärungsansätze gründen den *demos*-Begriff in einer gemeinsamen Sprache und Tradition, kollektiven Erfahrungen, Erinnerungen und Mythen. Wird ein solches sozio-kulturelles Fundament für eine kollektive Identität als notwendig behauptet, fällt das Urteil für das Entstehen einer EUropäischen Identität meist negativ aus (vgl. Grimm 1995; Kielmansegg 1996: 57-58). Andere, politologisch orientierte Ansätze, begründen eine mangelnde EU-Identität unter anderem mit dem Fehlen eines „echten“ EUropäischen Parteiensystems, das nicht an nationalstaatlichen Parteien orientiert ist, einem Manko an politischen Führungspersonlichkeiten und dem Nichtvorhandensein einer EUropäischen Öffentlichkeit (vgl. Zweifel 2002: 23). Eine Möglichkeit zur Konstruktion einer solchen politischen Identität verortet Jürgen Habermas im Verfassungspatriotismus (vgl. Habermas 1992; Heit 2005). Ähnlich konzipiert Thomas Meyer (2004) sein Modell einer durch Praxis entstehenden politischen Kultur innerhalb des EUropäischen Systems. Die kultur-soziologischen Theorien konzipieren den Identitätsbegriff meist essentialistisch, also als gegebene oder „natur-

3 Diese Informationen stammen aus einem Bericht zu den Gründen der Ablehnung des Verfassungsvertrages, in dem mehrere statistische Erhebungen zusammengefasst wurden (vgl. Geissert/Posselt 2005). Solche Erhebungen sind zwar nicht unkritisch zu sehen. Unterstützt werden die Ergebnisse aber zumindest für Frankreich durch eine Studie zu EUropäischen Mediendebatten über den Verfassungsvertrag, die am Institut für Europäische Integrationsforschung durchgeführt wurde (vgl. Bärenreuter et al. 2006).

4 Immer wenn von der EU die Rede ist, nicht aber von Europa im Allgemeinen wird „EUropäisch“ geschrieben.

5 Vereinzelt findet sich in EUropäischen Integrationstheorien auch die These, dass ein solcher *demos* oder *demoi* zur Legitimität der Europäischen Union nicht notwendig wären (vgl. Kirchhof 1992: 855; Moravcsik 1998).

wüchsige“ Konstante, wogegen politologische Ansätze Identifikation als Ergebnis deliberativen Argumentierens und Kalküls rationalistisch begründen.

Beide Modelle scheinen nicht gänzlich befriedigend, da einerseits Identität anerkanntermaßen nicht nur „angeboren“, sondern fundamental abhängig von subjektiver Sozialisierung und Selbstverortung ist; und weil andererseits vor allem die psychoanalytische Tradition verdeutlicht, dass Identität nicht nur über rationale Nutzenabwägungen konzipiert werden kann, sondern auch zentral an unbewusste und emotive sowie affektive Komponenten geknüpft ist, die nicht vorhersagbar sind. Eine Theorie, die auf diese Aspekte Bezug nimmt, ist die radikale Demokratietheorie im Anschluss an Ernesto Laclau und Chantal Mouffe.

Diese Theorie ist natürlich keine, die einzig und allein auf den Europäischen Integrationsprozess zugeschnitten ist, sie verdankt ihre Entstehung vielmehr einer Auseinandersetzung mit philosophischen Metanarrativen, wie der Moderne und dem Marxismus, und orientiert sich an einer allgemeinen Gegenwartsbeobachtung. So stellen sich die oben genannten Problematiken auch nicht nur im Europäischen Kontext, sondern lassen sich für westlich-demokratische Gesellschaften verallgemeinern. Radikaldemokratische Theorien versuchen auf die Komplexität des Verhältnisses von Individuum und Gemeinschaft einzugehen und stellen daher nicht allein eine Erosion von gemeinschaftlichem Zusammenhalt fest. Sie beobachten parallel zum Verlust von politischen Metanarrativen und umwälzenden sozio-politischen Bewegungen eine Dynamik, die aufgrund der Vielzahl an vorhandenen, konkurrierenden Teilsystemen zur Politisierung von Subjekten trägt.<sup>6</sup> Mit *Politisierung* wird hier der Prozess der Konfrontation divergenter Konzepte und Positionen bezeichnet, dem sich das Subjekt stellen muss, um sich selbst verorten und identitär stabilisieren zu können.

Was hier als Paradoxon anmuten mag, nämlich die Gleichzeitigkeit der *Entpolitisierung* (wie der eingangs erwähnten „Politikverdrossenheit“) und der *Zunahme des Politischen* (vgl. Flügel/Heil/Hetzel 2004), lässt sich daraus erklären, dass zwei unterschiedliche Ebenen adressiert werden. Einmal wird der Blick auf das Kollektiv gerichtet – dieses entpolitisiert sich – das andere Mal steht das Subjekt im Mittelpunkt, welches permanent mit dem Politischen konfrontiert ist. Kollektive werden fragmentiert und zergliedern sich in kleinere gemeinschaftliche Einheiten. Dem politischen Subjekt entswinden damit stetig „vorgefertigte“ Identifikationsschemata, wodurch es sich gezwungen sieht, immer aufs Neue über eine Vielzahl verschiedener Möglichkeiten zu entscheiden. Die Beschäftigung des Subjekts mit seiner Selbstverortung führt dabei auch zu einer Teilnahmslosigkeit am politischen Rahmenwerk und zu einem Verständigungsnotstand zwischen politischen Eliten und BürgerInnen. Für die Legitimation demokratisch verfasster Systeme wird dies zur Crux.

6 Zum Beispiel in der Kumulation von Subjektpositionen wie „männlich“, „Moslem“, „Student“ etc. Nicht, dass es diese Subjektpositionen vorher nicht gegeben hätte, aber nun ist die Potentialität aufgrund der Vielzahl an Kommunikationsmöglichkeiten größer, dass diese in divergierenden Foren aufeinander treffen.

Laclau und Mouffes radikale Demokratietheorie (1985) kann zum Verständnis dieses prekären Verhältnisses von System und Subjekt, BürgerInnen und Eliten, Ent- und Repolitisierung beitragen. Sie kann einerseits das politische Subjekt in seiner fragmentierten und zerrütteten Verfasstheit beschreiben, da sie einen ihrer Ausgangspunkte in Lacans Psychoanalyse hat – psychoanalytische Erkenntnisse werden von klassischen politischen Theorien meist vernachlässigt – und kann andererseits auch darauf eingehen, wie dennoch Fixierungen und Stabilisierungen möglich sind, indem sie einen präzisen Diskursbegriff entwirft (siehe Abschnitt 2).

Das Subjekt und das Kollektiv sind auf die permanente Stabilisierung *in* Diskursen angewiesen, sie können sich aber auch selbst *über* Diskurse entwerfen. Aus einer solchen radikaldemokratischen Perspektive kann argumentiert werden, dass all den genannten Mangelercheinungen westlich-demokratischer Gesellschaften der Gegenwart (Identität, Legitimität, politische Kultur) ein Defizit vorausgeht, nämlich das Fehlen einer gemeinsamen Diskursstruktur, die erlauben würde, dass die Europäische Union in bestehende Bedeutungssysteme zwar nicht gleich, aber ähnlich integriert wird. Anschließend an die Theorie der radikalen Demokratie von Laclau und Mouffe vertrete ich in diesem Beitrag die These, dass der Möglichkeit einer kollektiven Identifikation mit der Europäischen Union und ihrer (De-)Legitimierung ein gemeinsames Bedeutungssystem konstitutiv vorausgehen muss. Mit Bedeutungssystem (im radikaldemokratischen Duktus „Diskurs“) ist gemeint, dass zwar hinsichtlich der Europäischen Union verschiedene Positionen vertreten werden können, wie zum Beispiel in der Diskussion, ob sie *Staatenbund* oder *Bundesstaat* sein solle, eine solche Diskussion aber nur Relevanz haben kann, wenn die dafür nötigen Grundbegriffe (wie Staat, Föderalismus, Subsidiarität, Demokratie etc.) zumindest ähnlich konnotiert sind. Ebenso müssen schon bestehende institutionelle Strukturen und Kompetenzverteilungen ähnlich wahrgenommen werden, da sonst inhaltliche Auseinandersetzungen aneinander vorbei laufen. Gerade wenn die EU als ein politisches Konstrukt *sui generis* (Wallace/Wallace 1983) bezeichnet wird, muss definiert werden, wie der Rahmen oder Horizont<sup>7</sup> eines solchen Systems konzipiert sein könnte. Die Theorie der radikalen Demokratie kann dabei helfen, die Notwendigkeit und die Folgen eines Mangels an Eigendefinition und Positionierung in Form eines gemeinsamen Bedeutungssystems zu erklären.

Im Rahmen europäischer Integrationstheorien findet ein solcher radikaldemokratischer Ansatz generell wenig Resonanz (vgl. Wæver 2004: 197). Beliebter ist noch die empirische Anwendung diskursanalytischer Methoden, aber auch hier dominieren Diskursanalysen in Anlehnung an Habermas' *Theorie des kommunikativen Handelns* (1982) und die Analyse von einzelnen Politikfeldern die Forschungslandschaft. Zur Behebung dieses Defizits sollen die folgenden Ausführungen einen Beitrag leisten. Dazu werde ich nun zunächst (Abschnitt 2) auf

7 Zur Notwendigkeit eines Horizontes vgl. auch Bruell (2005).

die Bedingungen der Diskursbildung und dessen Zusammenhang mit Identitätskonstruktionen eingehen. Anschließend (Abschnitt 3) werden dieselben Kategorien zum Analyseschema entwickelt, um sie empirisch anwendbar zu machen. Die empirische Studie soll zeigen, in welcher Weise EU-Themen (hier im nationalen, österreichischen Kontext) strukturiert sind.<sup>8</sup> Der Beitrag schließt mit einem Fazit, das die Frage nach den Möglichkeiten einer EU-Identität eher skeptisch beantwortet.

## 2. Identität und Diskurs

Im Modell der radikalen Demokratie gründet sich Demokratie auf keiner vorgegebenen und vorgängigen Universalität oder Identität. Daher wird sie auch als „radikal“ bezeichnet – sie lässt „keine transzendentalen Rahmenbedingungen der Demokratie zu [...], die nicht selbst immer wieder in der demokratischen Auseinandersetzung in Frage gestellt werden könnten“ (Hetzel 2004: 186). Universalität und die Möglichkeit zur Identität werden nicht verworfen, ihnen wird ein Fundament entzogen – sie werden zu instabilen, aber bedeutenden Größen. Die radikale Demokratietheorie, wie sie speziell von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe in *Hegemony and Socialist Strategy* (1985) entwickelt und von beiden in unterschiedlicher Weise ausformuliert wurde, fokussiert vor allem auf einem an Claude Lefort (1990, 1999) angelehnten Verständnis des *Politischen*, einer Weiterentwicklung des saussureschen Bedeutungssystems und einem an Jacques Lacan orientierten Subjektverständnis.

Das Subjekt wird in Anlehnung an Lacan als gespalten verstanden, da es in seinem Kern einen konstitutiven Mangel aufweist. Dieses Mangelempfinden ist dadurch begründet, dass das Subjekt wie jedes andere System auf ein Außen referieren muss, um sich sowohl selbst definieren, als auch von anderen verortet werden zu können. Durch diese Referenz auf ein Außen wird aber auch eine endgültige Schließung und damit die Etablierung einer *vollen/vollständigen* Identität verunmöglicht. Das Subjekt ist dabei permanent dazu veranlasst, diese Lücke zu schließen, indem es sich mit immer neuen Subjektpositionen identifiziert (Lacan 1977, 2006). Das prekäre Auffüllen dieser Lücke funktioniert temporär durch die Schaffung von systematischen Zusammenhängen, d.h. von prekär fixierten Sinnstrukturen. Solche prekären Fixierungen werden in der Terminologie von Laclau/Mouffe *Diskurs* genannt. Das Subjekt versucht also, seinen Mangel durch die Konstruktion von Diskursen zu beheben. Durch die Artikulationen des Subjekts selbst und das Artikuliertwerden des Subjekts durch andere, also die Verwendung von Attributen wie „weiblich“, „Europäerin“, „Studentin“ etc.,

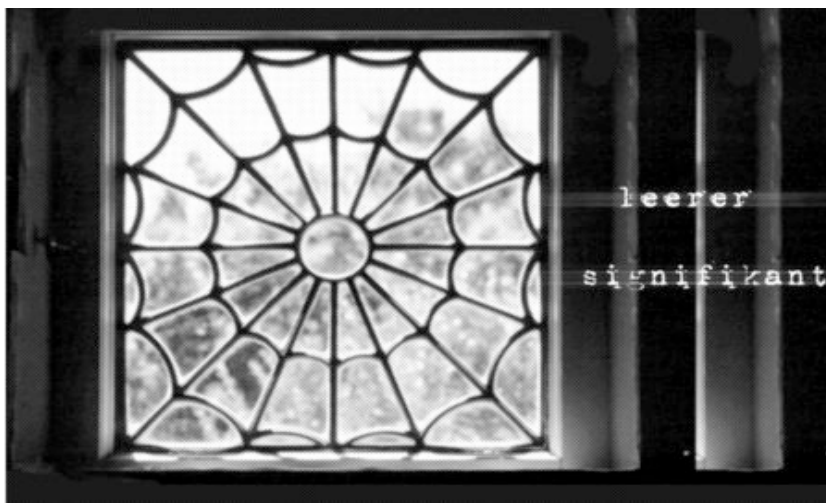
8 Die Studie wurde zwar nicht nur zum Zwecke einer Identitätsevaluierung durchgeführt – sie verbindet vielmehr Identitäts- mit Öffentlichkeitstheorien –, gibt aber dennoch interessante Einblicke in Bestehen oder Mangel einer Europäischen Diskursstruktur und damit die Möglichkeit einer kollektiven Identitätsbildung.

kann das Subjekt eine Identität generieren, die vorübergehend als stabil und fixiert in Erscheinung tritt. Das Subjekt bleibt aber in seiner Konstitution „the subject as a lack“ (Laclau 1990: 39-41; Laclau/Zac 1994: 13; Norval 2004) – sein Begehren nach identitärer Schließung kann nie endgültig befriedigt werden.

Um einen Diskurs stabilisieren zu können, ist ein Prozess der Systematisierung notwendig, der *Artikulation* genannt wird: „[...] we will call articulation any practice establishing a relation among elements such that their identity is modified as a result of the articulatory practice. The structured totality resulting from the articulatory practice we call discourse“ (Laclau/Mouffe 1985: 105). Durch den Prozess der Artikulation<sup>9</sup> entstehen diskursive Strukturen, die unterschiedlich starke oder schwache Bindungen zwischen Bedeutungselementen aufweisen. Bedeutung entsteht in einem solchen Netzwerk durch die Referenz auf andere Bedeutungen, entweder indem auf ihr Anderssein verwiesen wird (Differenz), hier die Anlehnung an Ferdinand de Saussure, oder indem auf ihre Ähnlichkeit Bezug genommen wird (Äquivalenz).<sup>10</sup> Das oben beschriebene Außen produziert im System immer wieder Destabilisierungen und Verschiebungen (so genannte *Dislokationen*) und trägt damit zu veränderten Reartikulationen bei.

Die einzelnen Bedeutungseinheiten in einem solchen System, i.e. Diskurs, werden Momente genannt, wogegen jene Bedeutungseinheiten, die im jeweiligen Diskurs momentan nicht artikuliert werden, sondern sich im Feld der Diskur-

Abbildung 1: Leerer Signifikant



Quelle: eigene Darstellung

9 In diesem Begriff sind auch soziale Handlungen jeglicher Art eingeschlossen.

10 So kann zum Beispiel der Begriff „Spiegel“ sowohl durch die Nähe zum Begriff „Fenster“ erklärt werden, da beide aus Glas bestehen, als auch durch einen Verweis auf ihre Unterschiedlichkeit.

sivität<sup>11</sup> befinden, Elemente genannt werden. Das Zentrum eines solchen Diskurses wird von einem Knotenpunkt konstituiert, der auch als leerer Signifikant bezeichnet werden kann, da er von verschiedensten Punkten des Systems aus artikuliert und damit zu einem gewissen Grad unterschiedlich konnotiert werden kann. Ähnlich einem Spinnennetz könnte das System ohne einen solchen Punkt nicht stabilisiert werden, allerdings weist er selbst keinen konkreten positiven Inhalt auf (siehe Abbildung 1, gegenüber).

Neben dem Diskurs und der Diskursivität möchte ich eine weitere Kategorie einführen: die *Diskursformation*.<sup>12</sup> Diskursformationen entstehen durch die Interaktion einzelner Diskurse – diese teilen dann verschiedene Momente miteinander, behalten aber jeweils ihren eigenen Knotenpunkt.<sup>13</sup>

Die diskursiven Prozesse zur Identitätsbildung sind nicht auf individuelle Subjekte zu reduzieren, sondern gelten auch für Kollektive. Artikulationen sind hier ebenso für eine Stabilisierung und das Füllen des Mangels an Identität nötig. Für die Identitätsbildung sind diese Artikulationen dann erfolgreich, wenn eine Art „structured totality“, d.h. ein Diskurs, entstanden ist, der vorübergehend dafür sorgt, dass die identitäre Instabilität gebannt ist. Soll also analysiert werden, ob eine solche kollektive Stabilisierung in der Europäischen Union bereits stattgefunden hat oder im Entstehen ist, dann müssen zunächst entsprechende Artikulationen untersucht werden. Empirisch lassen sich vorerst nur Artikulationen beobachten, die dann durch eine Form der Interpretation, deren Systematik im nächsten Kapitel erklärt wird, dahingehend evaluiert werden können, ob und welcher Diskurs ihnen zugrunde liegt und von ihnen konstruiert wird.

### 3. Ein radikaldemokratisches Analysedesign

Aus der Perspektive der radikalen Demokratietheorie sind Identität und Identifikation nur möglich, wenn durch und mit Artikulationen ein Diskurs, verstanden als prekär geschlossenes System, entsteht. In einer empirischen Studie, die auf solch einer theoretischen Grundlage fußt, muss dann gefragt werden, ob sich über die Analyse von Artikulationen EU-Inhalte an ähnlichen Positionen/Orten in einem diskursiven System identifizieren lassen. Erst wenn durch diese Artikulationen

11 Das Feld der Diskursivität (vgl. Laclau 1990: 105) beinhaltet sämtliche Diskurse und diskursive Einheiten, die für Artikulationen zur Verfügung stehen können. Vorzustellen ist ein solches Feld ähnlich einem Magnetfeld, auf dem sich Eisenspäne auf ein Zentrum ausrichten und es umgeben, einige dieser Späne aber im Umkreis liegen bleiben oder sich anderen Zentren zuwenden – diese würden den so genannten *Elementen* entsprechen.

12 In *Hegemony and Socialist Strategy* (1985) unterschieden Laclau und Mouffe noch nicht zwischen Diskurs und Diskursformationen. Zu der hier verwendeten Unterscheidung siehe Laclau (1993: 435-436), Smith (1998: 85) und Marchart (1998: 8).

13 Vorzustellen etwa gleich einer Doppelgalaxie, deren äußere Ränder ineinander verschmelzen und einzelne Sterne von beiden Zentren angezogen werden.



nen ein gemeinsames Netzwerk geschaffen wurde, bestehen die Voraussetzungen zur kollektiven Identifikation. Ein solcher Diskurs kann sich nicht erst auf EUro-päischer Ebene finden, sondern muss, um dem Anspruch der Legitimation des politischen Systems zu genügen, auch auf nationaler oder regionaler Ebene auffindbar sein, sofern er für die EU von Belang ist. Klaffen im nationalen Kontext zum Beispiel die Bedeutung und damit die diskursive Einbettung der Europäi-schen Parlamentswahlen und des Parteiensystems völlig auseinander, so dass Debatten darüber aneinander vorbei führen, ist die Bildung eines supranationalen Diskurses *a priori* verhindert. In der folgenden Studie werden somit zwar nur nationale (österreichische) Diskurse untersucht, allerdings ist die Analysestrategie auch auf international vergleichende Studien übertragbar (vgl. Bärenreuter et al. 2006<sup>14</sup>). Gegenstand der folgenden Analyse sind österreichische Mediendebatten anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004.<sup>15</sup> Mediendebatten sind für die Analyse von kollektiven Identifikationsmustern besonders geeignet, da die hegemoniale Konstruktion von Bedeutungsnetzwerken vor allem dann erfolgreich ist, wenn sie sich in öffentlichen Debatten durch Wiederholungen und durch ein ausgedehntes Netzwerk von Anknüpfungspunkten manifestiert. Kollektive Knotenpunkte und leere Signifikanten entstehen nicht im privaten sondern im öffentlichen Raum.

Zentrale Fragen der Analyse lauten: In welcher Weise werden Themen präsentiert und verknüpft? Wird politischen Inhalten transmedial eine ähnliche Aufmerksamkeit geschenkt? Werden spezifische Themen zur EP-Wahl von den jeweiligen Medien in gleicher Weise und zum gleichen Zeitpunkt in die Berichterstattung eingebracht? Bestehen Interaktionen zwischen Medien, die auf ein Netzwerk schließen lassen könnten? Welche Ausdrücke werden verwendet und wie werden diese interpretiert und konnotiert? Und die zentrale Frage: Wird durch die Vernetzung und Verknüpfung diverser Subthemen zur EP-Debatte ein einheitliches Bedeutungssystem, d.h. ein Diskurs, sichtbar oder zeigt sich eine Fragmentierung und Zerstreuung der Berichterstattung, die die Bedingungen der Möglichkeit einer kollektiven EUropäischen Identität unterminieren?

In einer solchen Art der qualitativen als auch quantitativen Inhalts- und Diskursanalyse werden mit einem Inhaltsanalyseprogramm (hier Atlas.ti) verschiedenen Aussagen (diese können sich über einen Satz aber auch einen Absatz er-

14 Die angegebene Studie kann hinsichtlich des entwickelten Analyseschemas als Vorläuferprojekt zu dem hier präsentierten betrachtet werden. In ihr wurden Printmedien aus sieben EUropäischen Ländern auf ihre Art der Diskursivierung der Verfassungsdebatte hin untersucht.

15 Die Wahlen fanden in Österreich vom 10.-13. Juni 2004 statt. Österreich kann 18 Abgeordnete ins Europäische Parlament entsenden. Die Wahlbeteiligung betrug 42,43 % und die Stimmen verteilten sich wie folgt: SPÖ 33,33 % (7 Sitze), ÖVP 32,70 % (6 Sitze), Liste MARTIN 13,98 % (2 Sitze), Die Grünen 12,89 % (2 Sitze), FPÖ 6,31 % (1 Sitz), LINKE 0,78 % (0 Sitze).



strecken) Codes<sup>16</sup> zugeordnet. Die Codes wurden durch eine Probecodierung, die sich über einen Querschnitt aller Medien und ein Probesample im zeitlichen Längsschnitt erstreckte, entwickelt. Zentral bei der Entwicklung der Codes war die Identifikation von Sinneinheiten, also Positionen, Argumenten oder themenspezifischen Inhalten. Die anschließende Auswertung der erhobenen Daten fand auf drei unterschiedlichen Abstraktionsniveaus statt (Übersicht in Tabelle 1), von denen hier zwei näher ausgeführt werden. Auf einer ersten Inhaltsebene wurden Themenbündel zusammengestellt, die nur einen sehr allgemeinen Eindruck geben, der teilweise auch durch die genauere Analyse korrigiert werden musste. Daher wird auf die Darstellung dieser Ebene verzichtet. Auf der zweiten Inhaltsebene wurden diese Themenbündel in Themenkomplexe und Subthemen unterteilt. Bei den Themenkomplexen und Subthemen wurden nicht mehr verschiedene Codes thematisch zusammengefasst, sondern einzelne Codes gezählt und ausgewertet. Der Code *Verhalten politischer AkteurInnen* wurde zum Beispiel nur jenen Textpassagen, Absätzen oder Sätzen zugeordnet, die explizit auf dieses Thema eingingen. Subthemen stellen konkretere Argumente oder Aussagen dar, so zum Beispiel Stellungnahmen zum Thema *Spesen und Gehälter*.<sup>17</sup> Auf einer dritten Ebene wird dann die Feinstruktur analysiert (so genannte *Simultanzanalyse*). Hier wurde nach Überschneidungen und Überlappungen verschiedener Themen und Subthemen gesucht. Diese können grammatikalisch und damit argumentativ verknüpft sein, können aber auch lose aufeinander folgen. Nach dem hier vertretenen diskurstheoretischen Ansatz spielt die argumentative Verknüpfung zweier Aussagen keine zentrale Rolle. Die Einheit wird durch den Text erzeugt, d.h. Interpretation und Verknüpfung wird dem/der LeserIn überlassen. Es

Tabelle 1: Analyseebenen

<b>1. Inhaltsebene</b> (wird hier ausgeklammert)	Themenbündel	Verschiedene Einzelcodes werden thematisch zusammengefasst, um einen ersten Eindruck zu gewinnen
<b>2. Inhaltsebene</b>	Themenkomplexe Subthemen	Allgemeine und spezifische Themen, die konkreten Passagen zugeordnet werden
<b>3. Ebene: Simultanzanalyse</b>	Überschneidungen und Überlappungen (Simultanzan)	Sowohl konkrete thematische Überlappungen, als auch rein textuell aneinander gereichte

16 Zum Beispiel: „EP-Wahl als Instrument des Protests“, „Wahlbeteiligung“, „EU vs. Nation“, etc.

17 Die Kronen Zeitung berichtete Anfang April darüber, dass H.-P. Martin im Europäischen Parlament den Spesenmissbrauch seitens der ParlamentarierInnen aufdeckte. Das Thema wurde zu einem der wichtigsten während des gesamten Wahlkampfes.

können also auch lose und nicht inhaltlich verknüpfte Aussagen über die Rezeption zur Diskursstruktur beitragen, obwohl natürlich argumentative Einheiten eine vernetzende Interpretation nahe legen.

Artikulation, Simultanzen und Diskurshaftigkeit

Wie oben erläutert, greift die empirische Analyse zuallererst auf Artikulationen zu. Um angesichts der Vielzahl möglicher Artikulationen Übersichtlichkeit zu gewährleisten, möchte ich vorschlagen, vier Typen von Artikulationen voneinander zu unterscheiden. Diese vier Typen entstehen aus einer Vier-Felder-Matrix, bei welcher Artikulationen in qualitativer und in quantitativer Hinsicht jeweils als stark oder schwach in Erscheinung treten können. Von einer starken Ausprägung in qualitativer Hinsicht spreche ich, wenn eine Artikulation eine neue hegemoniale Struktur einführt, also einen Knotenpunkt bilden kann, wohingegen sie schwach ausgeprägt ist, wenn sie sich in eine bereits bestehende hegemoniale Konfigurationen einordnet. In quantitativer Hinsicht ist eine Artikulation stark, wenn sie mit vielen unterschiedlichen Momenten verbunden ist, bzw. schwach, wenn sie nur vereinzelt auftritt und bald wieder aus dem Raum des Öffentlichen verschwinden kann. Wird die qualitative mit der quantitativen Dimension gekreuzt, entsteht die folgende Matrix:

Tabelle 2: Typen der Artikulation

		qualitative Ausprägung	
		stark	schwach
quantitative Ausprägung	stark	äquivalenzierende Artikulation	flottierende Artikulation
	schwach	antagonisierende Artikulation	differenzierende Artikulation

Diese vier Typen von Artikulationen haben unterschiedliche Auswirkungen auf die Diskursstruktur: Der Typ der *äquivalenzierenden* Artikulation (quantitativ und qualitativ stark) weist eine weitreichende, hegemoniale Bindekraft für andere Momente auf. Äquivalenzierende Artikulationen bilden einen Diskurs mit relativ stabilen Momenten und einer homogenen Strukturierung aus; dadurch absorbieren sie einerseits schwächere Momente, sind aber aufgrund ihrer eindeutigen Strukturiertheit auch anschlussfähig für sie hinterfragende Gegenkonzepte. *Flottierende* Artikulationen (quantitativ stark/qualitativ schwach) sind vergleichsweise häufig, aber relativ unstrukturiert; sie werden an andere, hegemoniale Konzepte/Konfigurationen angebunden. *Antagonisierende* (isolierende) Artikulationen (quantitativ schwach/qualitativ stark) konstruieren starke hegemoniale Systeme, die schwer disloziert, also verschoben werden können, aber nur einen kleinen Kreis an Teilnehmenden vereinnahmen (z.B. rechtsradikale Diskurse). Wenn der

Antagonismus quantitativ stark ist oder wird, wird die Artikulation zu einer äquivalenzierenden. Artikulationen des *differenzierenden* Typs (quantitativ und qualitativ schwach) schließlich produzieren einzelne Momente, die zwar artikuliert werden, aber weder zu einer starken Strukturierung beitragen, noch eine starke Anziehungskraft für andere Diskurse aufweisen.

Kollektive Identitäten können nach diesem Schema nur über die äquivalenzierende und antagonisierende Artikulation konstruiert werden. Zur stabilisierenden Legitimation eines demokratischen Gesamtsystems ist jedoch die äquivalenzierende Artikulation unbedingt von Nöten: Hierzu müssen Konzepte, Narrative, Symbole etc. einerseits weit verbreitet sein und qualitativ ein zentrales Moment darstellen und andererseits auch auf ähnliche Art und Weise interpretiert werden. Innerhalb eines solchen Gesamtdiskurses können sich dann Einzelgruppen auf antagonistische Weise formieren (z.B. Identität von Minderheiten).

Werden in einer flottierenden Artikulation EU-Themen meist an nationale Knotenpunkte angebunden, kann die EU als Thema zwar durchaus eine Zeit lang in der medialen Berichterstattung prominent platziert sein, allerdings wird dadurch kaum ein gemeinsames Verständnis für EU-Belange gefestigt werden. Vielmehr werden nationale Präferenzen und deren Konfrontationen mit der politischen Struktur der EU zementiert werden, sofern sie nicht mit letzterer zusammenfallen.

## Simultanzen

Unter Simultanz wird die Form des gemeinsamen Vorkommens von Momenten (Positionen, Argumenten, zentralen Wortkonstruktionen) verstanden. Das gleichzeitige Auftreten bedeutet allerdings nicht, dass diese Artikulationen argumentativ in einem Zusammenhang stehen müssen. Daher können sie auch nicht als Äquivalenzen bezeichnet werden. Viel mehr treten sie simultan (gleichzeitig) auf und entwickeln dadurch einen diskursiven Zusammenhang. Simultanzen werden erhoben, indem bei der Analyse der Überlappungen oder des Aufeinandertreffens zweier Codes jeweils ein Code von Interesse als Ausgangspunkt genommen (Ausgangscodex) und eine Liste von jenen Codes erstellt wird, die mit diesem überlappen (Vergleichscodes). Als Ausgangscodex dient stets ein Code, auf dessen zentrale Bedeutung aufgrund seines starken quantitativen Vorkommens geschlossen werden kann.

Auf der Simultanzebene kann von „quantitativ stark“ gesprochen werden, wenn der Vergleichscodex im Verhältnis zum Ausgangscodex ähnlich häufig vorkommt. Hingegen ist die Ausprägung quantitativ schwach, wenn der Vergleichscodex relativ gesehen zum Ausgangscodex nur selten in Erscheinung tritt. Qualitativ kann aber auch ein selten genannter Vergleichscodex stark ausgeprägt sein – davon spreche ich, wenn der Vergleichscodex zu einem hohen Prozentsatz seines absoluten Vorkommens gepaart mit dem Ausgangscodex auftritt (also zum Beispiel über 50%). Kommt also der Vergleichscodex zum Beispiel 10 Mal im ge-

samten Sample vor und jedes Mal tritt er in Verbindung mit dem Ausgangscode auf, dann ist die Simultanz qualitativ stark. Umgekehrt ist sie qualitativ schwach, wenn die beiden Codes nur selten gemeinsam in Erscheinung treten – dies kann auch sein, wenn der Vergleichscode an sich quantitativ stark ausgeprägt ist, also zum Beispiel hundertmal im Sample vorkommt, aber nur dreimal mit dem Ausgangscode überlappt.

Die Erfassung von Simultanzen dient als erster Schritt, um die oben beschriebenen Bestandteile eines Diskurses (Momente, Knotenpunkte) zu erkennen und einander zuzuordnen. Sie können analog zur Einteilung der Artikulationen in vier Kategorien typologisiert werden:

Tabelle 3: Typen der Simultanz

		qualitative Ausprägung	
		stark	schwach
quantitative Ausprägung	stark	äquivalenzierende Simultanz	lösende Simultanz
	schwach	unterordnende Simultanz	differenzierende Simultanz

Bei der *äquivalenzierenden Simultanz* (quantitativ und qualitativ stark) ist die absolute Anzahl des Vergleichscodes mit der Zahl der Simultanz (also des Überlappens/Überschneidens) zu einem hohen Prozentsatz deckend; außerdem ist das absolute Vorkommen des Vergleichscodes quantitativ stark. Sie deutet damit auf einen Diskurs hin. Entweder handelt es sich dabei um eine starke Äquivalenzkette zweier Momente oder, wenn einer der Codes immer wieder auch mit anderen Codes in Simultanz auftritt, dann stellt dieser Code einen Knotenpunkt dar. Je mehr Momente an diesen Code gebunden werden, desto leerer wird dieser und kann als leerer Signifikant bezeichnet werden.

Eine *lösende Simultanz* (quantitativ stark/qualitativ schwach) wird festgestellt, wenn das absolute Vorkommen des Vergleichscodes stark ist, dieser aber nur wenige Simultanzen mit dem Ausgangscode aufweist. Diese Konstellation deutet dann darauf hin, dass der Code wahrscheinlich entweder als Knotenpunkt einen anderen Diskurs strukturiert oder zumindest ein starker Moment eines anderen Diskurses ist.

Bei der *unterordnenden Simultanz* (quantitativ schwach/qualitativ stark) ist dies umgekehrt: Das absolute Vorkommen des Vergleichscodes ist schwach, allerdings überlappt er zu einem hohen Prozentsatz mit dem Ausgangscode. Hier handelt es sich eindeutig um einen Moment in Beziehung zum Ausgangscode. Der Vergleichscode kann auf keinen Fall selbst einen Knotenpunkt darstellen, da er quantitativ zu schwach ist. Durch die starke Bindekraft des Ausgangscodes kann aber auf dessen Funktion als Knotenpunkt geschlossen werden.

Bei der *differenzierenden Simultanz* (quantitativ und qualitativ schwach) ist schließlich der Vergleichscode in seinem absoluten Vorkommen schwach und überlappt nur selten mit dem Ausgangscode. Diese Konstellation führt zu keinen stabilen Momenten, sondern eher zu flottierenden Signifikanten. Die geringe Zahl der Überschneidungen und die geringe Zahl des Vorkommens des Vergleichs-codes deuten darauf hin, dass die Codes hauptsächlich in anderen Diskursen gebunden werden und bald wieder im zerstreuten Feld der Diskursivität aufgehen.

Diese Simultananalyse ist für die spätere Rückbindung an die Theorie und Beurteilung der *Diskurshaftigkeit*, also der Art und Intensität des Zusammenhalts, und der Struktur des EU-Themas zentral. Sie bietet erst die Möglichkeit – in Kombination mit Quantifizierungen – Momente und Knotenpunkte zu erkennen und damit Diskurse zu identifizieren. Dadurch wird es möglich, die Berichterstattung zur EP-Wahl in die drei Stufen der Diskurshaftigkeit – *Diskurs*, *Diskursformation*, *Diskursivität* – einzuteilen:

Tabelle 4: Charakter der Diskursivierung und Funktion

	Diskursivität	Diskursformation	Diskurs
Charakterisierung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• national/regional/themen-spezifisch etc. fragmentierte Diskurse</li> <li>• das Feld besteht aus verschiedenen Elementen, die dadurch sichtbar werden, dass sie kurzfristig als Momente auftreten und meist wieder verschwinden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Diskurse sind durch gleiche Momente miteinander verknüpft, es bestehen aber unterschiedliche Knotenpunkte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>ein</i> Knotenpunkt</li> <li>• gleiche (in den Diskurs integrierte) Momente und (aus dem Diskurs ausgeschlossene) Elemente</li> <li>• gleiche Antagonismen</li> </ul>
Funktion	<ul style="list-style-type: none"> <li>• sind nationale Diskurse hinsichtlich eines EU-Themas in einem solchen Maße fragmentiert, kann keine Europäische Identität ausgebildet werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• zumindest über einzelne Positionen bestehen Anknüpfungspunkte und diese können daher verhandelt werden. Diese können Ausgangspunkte für zukünftige Identitätsbildungen darstellen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Es gibt eine nationale EU-Identität und diese ist Grundlage für supranationale Identitätsbildungen</li> </ul>

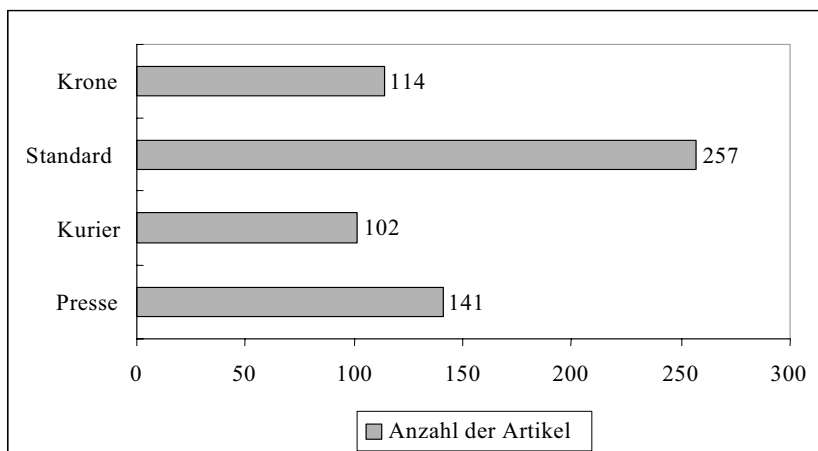
#### 4. Analyse österreichischer Mediendebatten zur Wahl des Europäischen Parlaments 2004

##### Sample

Für die Analyse der Debatten zur Wahl des Europäischen Parlaments in österreichischen Medien wurden folgende Tageszeitungen ausgesucht: Kronen Zeitung, Kurier, Die Presse und Der Standard.<sup>18</sup> Der Erhebungszeitraum erstreckt sich von 1. April 2004 bis 20. Juni 2004. Jeder Artikel, der sich mit den Wahlen auseinandersetzte, wurde analysiert.

Abbildung 2 gibt einen Überblick über die absolute Zahl der analysierten Artikel, sortiert nach Zeitung. Der Standard publizierte mit Abstand die meisten

Abbildung 2: Anzahl der Artikel in absoluten Zahlen<sup>19</sup>



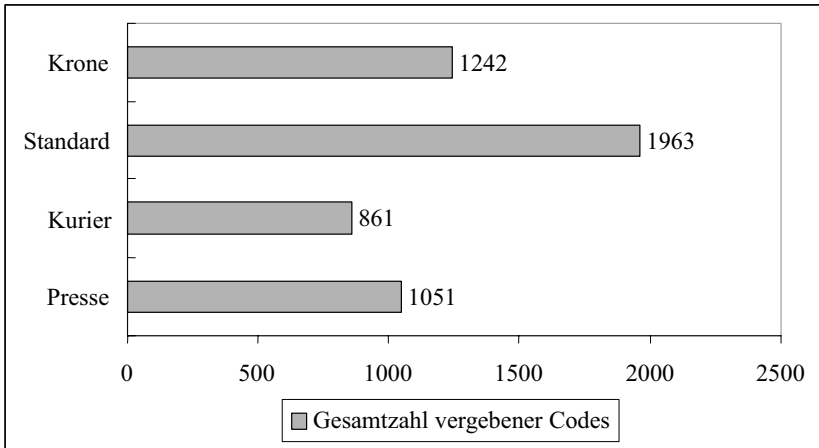
18 In der österreichischen Medienlandschaft gelten der Standard und die Presse mit einer Auflage von 116.547 und 122.555 als die wichtigsten Qualitätszeitungen. Der Standard ist stärker (sozial-)liberal ausgerichtet, während die Presse sein konservativeres, wirtschaftsliberales Pendant darstellt. Die Boulevardzeitung Kronen Zeitung ist das auflagenstärkste Blatt (987.143) und hat in Relation zur Bevölkerungszahl eine der größten Reichweiten aller Zeitungen der Welt. Aufgrund ihrer tendenziösen Berichterstattung wird sie oft intermedial kritisiert. Der Kurier (247.159) nimmt hingegen eine Art Zwischenstellung ein. Er tendiert zwar in Format und Layout der Berichterstattung zur Form eines Boulevardmediums, bietet aber insgesamt etwas mehr politische Inhalte als die Kronen Zeitung. (Die angegebenen Druckauflagen entsprechen dem von der Österreichischen Auflagenkontrolle veröffentlichten Jahreschnitt 2006.)

19 Der Vergleich der Anzahl der Artikel muss dadurch relativiert werden, dass zum Beispiel mehrere LeserInnenbriefe auf einer Seite zusammengefasst werden (eine Zeitungsseite entspricht einer Analyseeinheit im Software Programm Atlas.ti) und sich die Artikel oft in Umfang und Länge unterscheiden.

Artikel zum Thema EP-Wahlen. Auffallend ist der Abstand vor allem zur Presse, da diese in Format und thematischer Ausrichtung dem Standard am nächsten steht. Nachdem sich in der Kronen Zeitung oft sehr kurze Kommentare und zum Beispiel die Kategorie „In den Wind gereimt“<sup>20</sup> auf einer Zeitungsseite befinden, wurden sie als eine Einheit gezählt. Die Kronen Zeitung hat demnach etwas mehr an Artikeleinheiten publiziert, als es hier den Anschein hat, diese befinden sich aber zusammengefasst auf einer Zeitungsseite und umfassen meist nur wenige Zeilen.

Abbildung 3 zeigt die Gesamtzahl der vergebenen Codes.<sup>21</sup> Die Anzahl der Codes entspricht in ihrer Verteilung über die Medien ungefähr der Anzahl der Artikel. Auch hier findet sich die stärkste Ausprägung im Standard. Nachdem hier nur ein Ausschnitt der Studie dargestellt werden kann, werde ich mich bei den folgenden Ausführungen auf den Vergleich von Hauptthemen konzentrieren.<sup>22</sup>

Abbildung 3: Anzahl vergebenen Codes<sup>23</sup>



## Themenkomplexe und Subthemen

Auf dieser Ebene wird der quantitativen Ausprägung verschiedener Codes in den einzelnen Zeitungen nachgegangen. Codiert wurde auf zwei unterschiedlichen

20 Die Rubrik besteht aus einem etwa zehnzeiligen Reim, der auf populistische Art und Weise ein aktuelles Thema zusammenfasst.

21 Hier sind auch Autocodierungen enthalten, d.h. einzelnen Worten wurden automatisch entsprechende Codes zugeordnet. Auf diese wird aber im Folgenden nicht eingegangen.

22 Für die gesamte Studie siehe Bruell/Mokre (2007).

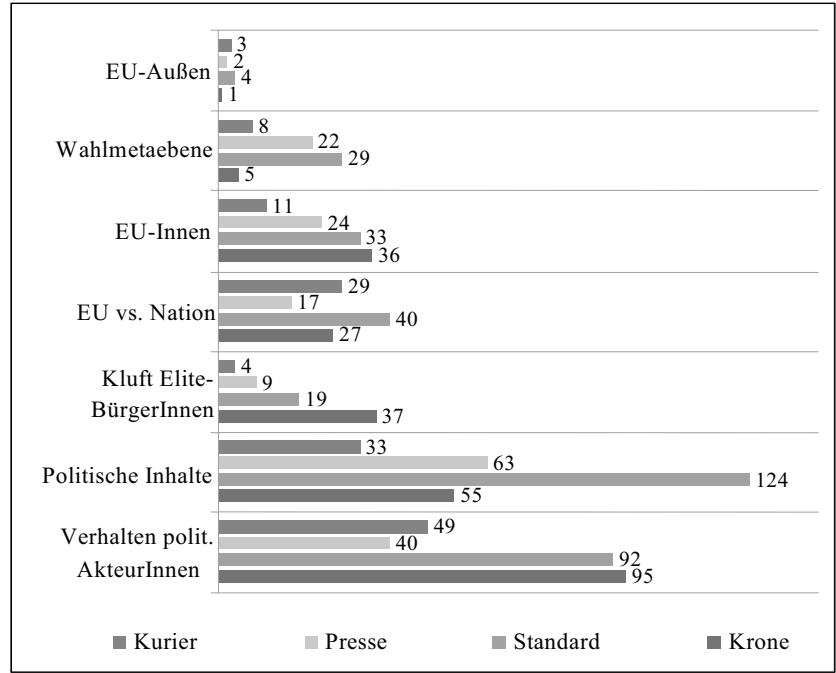
23 Insgesamt wurden 37 verschiedene Codes vergeben.



Abstraktionsniveaus, eingeteilt in Themenkomplexe,<sup>24</sup> mit denen meist größere Textpassagen codiert wurden, und Subthemen.<sup>25</sup>

Aus der Analyse der Themenkomplexe geht hervor, dass die Themen *Verhalten politischer AkteurInnen* und *Politische Inhalte*<sup>26</sup> die wichtigsten sind (siehe Abbildung 4). Weniger bedeutend sind generelle Aussagen über die Europäische Union. Die Kronen Zeitung nimmt eine Sonderstellung ein, da ihre Berichterstattung über das Verhalten politischer AkteurInnen im Vergleich zu anderen

Abbildung 4: Vergleich Themenkomplexe (nach Häufigkeit)



24 Folgende Codes gehören zur Kategorie Themenkomplexe: *EU-Außen* (außenpolitische Beziehungen, internationale Stellung der EU, die „Anderen“ als das Außen der EU, etc.), *EU-Innen* (Institutionen, politische AkteurInnen der EU, Wertungen der inneren Verfasstheit, etc.), *EU vs. Nation*, *Kluft Elite-BürgerInnen*, *Politische Inhalte*, *Verhalten politischer AkteurInnen*, *Wahl-Metaebene*.

25 Folgende Codes gehören zu der Kategorie Subthemen: *EP-Wahl als Instrument des Protests*, *KandidatInnenlisten*, *Missstände im EP/Kritik am EP*, *Reine Wahlkampfthemen/Populismusvorwurf*, *Sanktionen/Vaterlandsverräter*, *Spesen und Gehälter*, *Wahlbeteiligung*, *Wahlausgang und innenpolitische Folgen*. Diese Subthemen sind nur ein Ausschnitt aller erhobenen – sie sind jene, die quantitativ am stärksten vertreten waren.

26 Der Code wurde vergeben, wenn es sich um konkrete politische Themen handelte, wie Positionen zur Atomkraft, Beitritt der Türkei zur EU, soziale Sicherheit, Inhalte der EU-Verfassung etc.

Abbildung 5: Verhalten politischer AkteurInnen im Längsschnitt  
(nach Häufigkeit der vergebenen Codes)

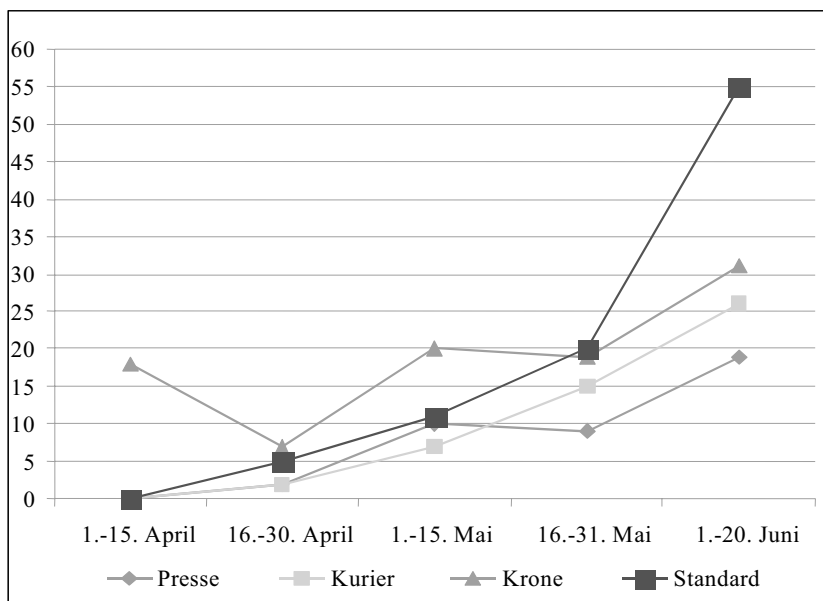
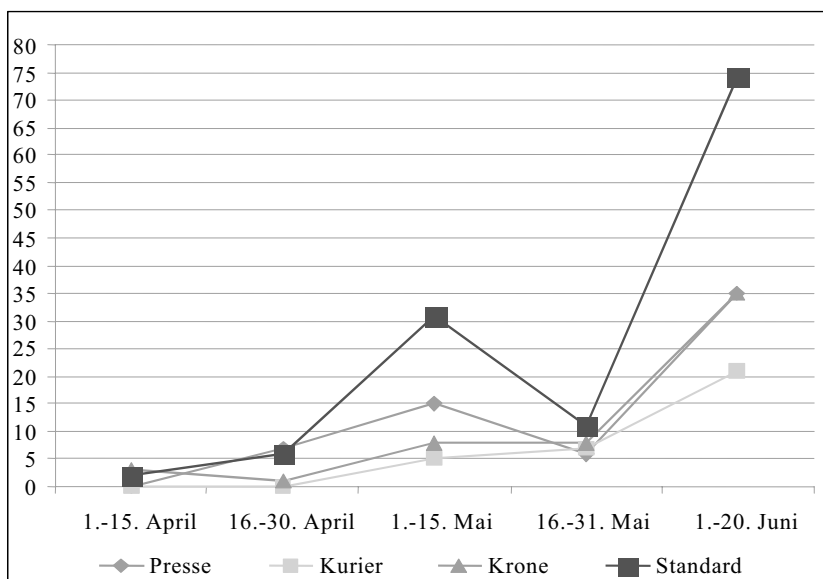


Abbildung 6: Politische Inhalte im Längsschnitt (nach Häufigkeit der vergebenen Codes)



Themen noch ausgeprägter ausfällt. Der Standard stellt hingegen *politische Inhalte* in den Mittelpunkt seiner Berichterstattung, ebenso die Presse. Der Kurier berichtet zwar nicht so fokussiert wie die Kronen Zeitung aber dennoch an erster Stelle über das *Verhalten politischer AkteurInnen*. Wie zu erwarten ähneln sich also die Qualitätszeitungen sowie die Boulevardmedien.

Für eine Analyse der Entstehung von Diskursen ist auch der Zeitverlauf von Relevanz, die durch eine Längsschnittanalyse erfasst werden kann. Das Sample wurde deshalb in fünf Analyseetappen unterteilt: 1.-15. April, 16.-30. April, 1.-15. Mai, 16.-31. Mai und 1.-20. Juni. Hier stelle ich nur die beiden am meisten codierten Themenkomplexe (*Verhalten politischer AkteurInnen* und *Politische Inhalte*) im Längsschnitt dar. Abbildung 5 (Seite 211) verdeutlicht, dass die Debatte über das Verhalten politischer AkteurInnen vor allem von der Kronen Zeitung eingeführt und von den anderen Medien nach und nach übernommen wurde.

Abbildung 6 (Seite 211) zeigt, wann *politische Inhalte* im Vordergrund der öffentlichen Darstellung standen. Der Verlauf der Thematisierung ist in allen vier Zeitungen ähnlich (wenn auch verschieden stark ausgeprägt); er lässt sich damit erklären, dass die Parteien Anfang Mai ihre Wahlkampfthemen offiziell bekannt gaben und zu diesem Zeitpunkt das Spesenthema nicht mehr ausschließlich in Hinblick auf Einzelpersonen diskutiert wurde, sondern auch institutionelle Kritik am Europäischen Parlament umfasste. Ende Mai gewannen wieder Aussagen einzelner PolitikerInnen und deren Fehlverhalten an Bedeutung (vgl. Abbildung 5).

Ein differenzierteres Bild kann gewonnen werden, wenn auch spezifischere Themen auf der Ebene der Subthemen analysiert werden. Abbildung 7 (gegenüber) zeigt, welche Subthemen in den vier Zeitungen wie häufig codiert werden konnten.

Für zwei Zeitungen kann jeweils ein zentrales Thema identifiziert werden: für die Kronen Zeitung das Thema *Spesen und Gehälter* und für den Standard *Reine Wahlkampfthemen/Populismusvorwurf*.<sup>27</sup> Die sehr populistisch aufbereiteten Themen *Spesen und Gehälter* und *Sanktionen*/*Vaterlandsverräter*<sup>28</sup> spielten in fast allen Medien eine große Rolle, wobei die Kronen Zeitung mit ihrem starken Schwerpunkt auf dem Spesenthema eine Sonderstellung einnimmt. Wenig „werte-beladene“ Themen, wie die *Wahlbeteiligung*, sind in allen Zeitungen relativ ähnlich gewichtet, ebenso die Berichterstattung über den *Wahlausgang*.<sup>30</sup>

27 Codiert wurde in diesem Fall, wenn der Missbrauch inhaltlicher Themen zu Wahlkampfzwecken kritisiert wurde.

28 Im Jahr 2000 verhängten einige EU-Staaten aufgrund der Regierungsbeteiligung der rechts-populistischen Partei FPÖ gegen Österreich Sanktionen.

29 Der österreichische EU-Abgeordnete Hannes Swoboda (SPÖ) wurde von Jörg Haider (FPÖ) 2004 als „Vaterlandsverräter“ bezeichnet, nachdem Swoboda in einem Brief für die verhängten Sanktionen Verständnis zeigte.

30 Auch wenn beim Standard das absolute Vorkommen der einzelnen Codes hervorsteicht, ist zu bedenken, dass dieser auch die größte Artikelanzahl aufweist. Das Verhältnis der „neutraleren“ Themen wie Wahlbeteiligung zu den „emotionaleren“ Themen wie Spesen und Gehälter stellt sich also ähnlich dar.

Abbildung 7: Vergleich Subthemen (nach Häufigkeit)

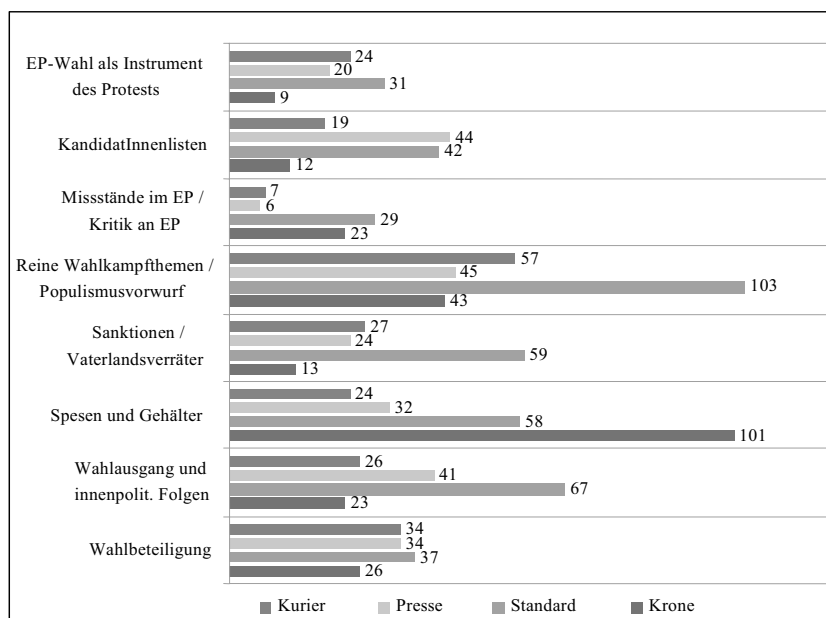
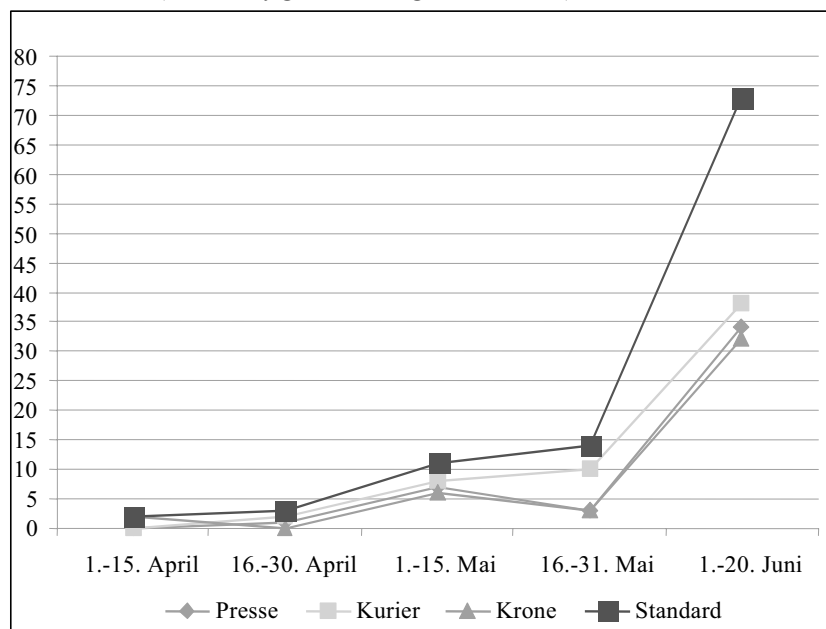


Abbildung 8: Reine Wahlkampfthemen/Populismusvorwurf im Längsschnitt (nach Häufigkeit der vergebenen Codes)



Kurier und Presse ähneln sich bei vielen Themen in ihrer quantitativen Ausprägung. Einzige Ausnahme stellt die Berichterstattung über die *KandidatInnenlisten* dar, hier berichtet die Presse – ähnlich wie der Standard – ausführlicher als der Kurier. Interessant ist auch, dass Standard und Kronen Zeitung die Kritik am Europäischen Parlament (*Missstände im EP*) gleichermaßen zum Thema machen. Auch hier kann einer der quantitativ stärksten Codes, *reine Wahlkampfthemen/Populismusvorwurf*, hinsichtlich seiner Ausprägung zu unterschiedlichen Zeitpunkten analysiert werden (siehe Abbildung 8, Seite 213). Eine solche Analyse ermöglicht vor allem eine Interpretation betreffend der Vorreiterrolle bestimmter Medien und (A-)Synchronizität der Diskursivierung.

Die Kritik an der Führung des Wahlkampfes und der Vorwurf des Populismus stiegen vor allem am Ende der Wahlkampfperiode signifikant an. Sie gewinnen überhaupt erst ab Mai an Bedeutung. Meist wurde im Juni im Zuge einer Beschreibung und Analyse des Wahlkampfes der populistische Charakter der Debatten kritisiert, am intensivsten vom Standard.

Je ein Code, der bei den Themenkomplexen und Subthemen ein hohes quantitatives Vorkommen aufweist, wird nun diskursanalytisch in seiner Struktur untersucht (Simultananalyse). Es handelt sich dabei um *Reine Wahlkampfthemen/Populismusvorwurf* (Subthema) und *Verhalten politischer AkteurInnen* (Themenkomplex). Um der Struktur der Codes auf den Grund zu gehen, werden entsprechende Überlappungen (Simultanzen) dargestellt.

Der Ausgangscode der folgenden Simultanztabelle (Tabelle 5, gegenüber), *Reine Wahlkampfthemen/Populismusvorwurf*, wurde insgesamt sehr häufig vergeben, mit Abstand am häufigsten beim Standard; im Verhältnis zur Gesamtzahl der vergebenen Codes ist er in der Kronen Zeitung am wenigsten vertreten. Die meisten Überschneidungen mit Subthemen sind beim Standard zu finden. Bei dieser Simultanztabelle geht für die Kronen Zeitung der Code des Populismusvorwurfs als flottierender Signifikant hervor. Dieser überlappt nämlich mit keinem der Codes zu über 50 %. Bei den anderen drei Medien überlappt der Code zu einem hohen Prozentsatz mit *Verhalten politischer AkteurInnen*, ebenso wie mit dem Thema *Sanktionen*. Interessant ist, dass die Debatte über die Gehälter der EP-Abgeordneten mit der Populismuskritik nicht sehr häufig in Verbindung gebracht wird. Dies könnte darauf schließen lassen, dass diese Debatte zum Beispiel im Vergleich zu jener über Hannes Swoboda und seine Rolle bei den EU-Sanktionen als seriöser eingestuft wurde. Dies könnte daran liegen, dass nach den ersten Populismus-Vorwürfen gegen Hans-Peter Martin und seinen Umgang mit dem Spesen- und Gehaltsthema auch andere Parteien und Medien an einer ernsthaften Kritik am Europäischen Parlament und dem dortigen Gehaltsschema Interesse zeigten. Dieses „Aufspringen“ auf das Spesenthema wurde wiederum in der Kronen Zeitung den jeweiligen Parteien außer der Martin-Partei vorgehalten. Die überwiegend als populistisch beurteilte Debatte zur Rolle der SPÖ bei den Sanktionen resultierte vor allem aus den Aussagen Jörg Haiders, der Hannes

Tabelle 5: *Simultanzen des Codes Reine Wahlkampfthemen/Populismusvorwurf mit Themenkomplexen und Subthemen*

Themenkomplexe	Kurier		Presse		Krone		Standard	
	AV	SI	AV	SI	AV	SI	AV	SI
EU-Innen	11	3	24	1	0	0	33	16
EU vs. Nation	29	9	17	2	27	2	40	3
Kluft Elite – BürgerInnen	0	0	9	1	37	3	19	4
Politische Inhalte	33	14	63	19	55	26	124	65
Verhalten politischer AkteurInnen	49	46	40	34	95	36	92	84
Wahl-Metaebene	8	2	22	9	5	2	29	16

Subthemen	Kurier		Presse		Krone		Standard	
	AV	SI	AV	SI	AV	SI	AV	SI
EP-Wahl als Instrument des Protests	24	2	0	0	0	0	31	2
KandidatInnenlisten	0	0	44	2	0	0	42	7
Misstände im EP/Kritik am EP	0	0	0	0	23	1	29	1
Sanktionen/Vaterlandsverräter	27	25	24	9	13	6	59	42
Spesen und Gehälter	24	9	32	3	101	16	58	22
Wahlausgang und innenpolitische Folgen	26	8	41	11	23	8	67	22
Wahlbeteiligung	0	0	34	7	26	1	37	7

AV = Absolutes Vorkommen eines Codes im gesamten Sample der Zeitung; SI = Simultanzen: Quantität des simultanen Vorkommens mit anderen Codes; Die Simultanz wird dann hellgrau markiert, wenn der Vergleichscode mindestens zu 50% seines absoluten Vorkommens (AV) mit dem Ausgangscode überlappt.

Absolute Anzahl des Ausgangscodes: Kurier 57, Presse 45, Krone 43, Standard 103

Swoboda und später auch Franz Fischler als „Vaterlandsverräter“ bezeichnete. Daher weisen die Codes *Reine Wahlkampfthemen/Populismusvorwurf* und *Sanktionen/Vaterlandsverräter* eine so hohe Überlappungsrate auf.

Fahren wir nun mit der Simultananalyse eines zweiten wichtigen Codes fort, der nun aber zur Kategorie der Themenkomplexe gehört: *Verhalten politischer AkteurInnen* (Tabelle 6, Seite 216). Hier zeigt sich schon beim absoluten Vorkommen des Codes die einzigartige Stellung der Kronen Zeitung, wenn in Rechnung gestellt wird, dass beim Standard aufgrund der hohen Artikelanzahl erheblich mehr codiert wurde (vgl. Abbildung 2, Seite 208).

Bei der Kronen Zeitung werden *EU-Innen* und *Verhalten politischer AkteurInnen* intensiver vernetzt als bei den anderen Medien. Das hat mit der EU-kritischen Position der Zeitung zu tun. Außerdem spielt für die Kronen Zeitung die Kluft zwischen Elite und BürgerInnen eine zentrale Rolle. Die Unzufriedenheit der BürgerInnen wird also in der Kronen Zeitung oft mit dem Fehlverhalten politischer AkteurInnen erklärt.

Tabelle 6: *Simultanzen des Codes Verhalten politischer AkteurInnen (Ausgangscodes) mit anderen Themenkomplexen und Subthemen*

Themenkomplexe (Vergleichscodes)	Kurier		Presse		Krone		Standard	
	AV	SI	AV	SI	AV	SI	AV	SI
EU-Innen	11	4	24	4	36	19	33	2
EU vs. Nation	29	12	17	8	27	12	40	16
Kluft Elite – BürgerInnen	4	0	9	2	37	39	19	9
Politische Inhalte	33	8	63	13	55	2	124	22
Wahl-Metaebene	0	0	22	2	5	1	29	4

Subthemen	Kurier		Presse		Krone		Standard	
	AV	SI	AV	SI	AV	SI	AV	SI
EP-Wahl als Instrument des Protests	24	4	20	8	0	0	31	12
KandidatInnenlisten	19	4	44	7	12	7	42	11
Misstaende im EP/Kritik am EP	7	3	6	2	23	18	29	14
Reine Wahlkampfthemen/ Populismusvorwurf	57	46	45	34	43	36	103	84
Sanktionen/Vaterlandsverräter	27	20	24	22	13	11	59	66
Spesen und Gehälter	24	24	32	15	101	76	58	34
Wahlausgang und innenpolitische Folgen	26	5	41	3	23	2	67	10
Wahlbeteiligung	34	4	34	5	26	10	37	8

Absolute Anzahl des Ausgangscodes: Kurier 49, Presse 40, Krone 95, Standard 92

In allen Zeitungen wurde das *Verhalten politischer AkteurInnen* mit der Kritik am Wahlkampf und dem Populismusvorwurf in Verbindung gebracht. Das *Verhalten politischer AkteurInnen* wurde also hauptsächlich negativ konnotiert. Hier wird das Selbstverständnis der Medien als Korrektiv politischer Eliten sichtbar.

Das Spesenthema tritt als Simultanz in allen Medien auf, nur beim Kurier kann allerdings eine unterordnende Simultanz zum *Verhalten politischer AkteurInnen* festgestellt werden. Dies lässt darauf schließen, dass der Kurier in seiner Berichterstattung vor allem auf politische AkteurInnen fokussiert.

Was die Wahlbeteiligung und den Wahlausgang betrifft, kann in allen Zeitungen eine lösende Simultanz festgestellt werden, d.h. das absolute Vorkommen dieser Codes ist stark, allerdings überlappen sie nicht mit dem *Verhalten politischer AkteurInnen*. Dies weist darauf hin, dass es sich hier um getrennte Diskurse handelt, die auch selten zu Diskursformationen führen. Etwas anders stellt sich das in der Kronen Zeitung dar: hier wird auch die Wahlbeteiligung stärker mit dem *Verhalten politischer AkteurInnen* in Verbindung gebracht.



## 5. Zusammenfassung: österreichische EU-Diskurse

Insgesamt waren die Debatten zur EP-Wahl in der ersten Maihälfte weit stärker ausgeprägt als in der zweiten. Hingegen nahmen die Diskussionen im Juni wieder zu, was wohl aus der unmittelbaren zeitlichen Nähe zur Wahl erklärt werden kann. Zu dieser Zeit fasste der Standard den Wahlkampf und insbesondere die Art der Berichterstattung in der Kronen Zeitung zusammen.

Ein erster Blick auf die Themenwahl aller Medien bietet ein durchaus homogenes Bild. Die Kronen Zeitung nimmt dabei eine gewisse Vorreiterrolle ein. Das Spesenthema wurde von der Kronen Zeitung zu einem gewissen Grad „entpopulisiert“, i.e. als seriöses Thema proklamiert, und als politischer Inhalt, vertreten durch den EP-Abgeordneten H.-P. Martin, in die Debatte eingeführt. Die Zeitungen repräsentieren hier das politische Geschehen, da sie die Reaktionen aller Parteien dokumentieren. Das Thema beherrschte auch später die Wahlkampfzeit. Eine Analyse der Berichterstattung entlang der Zeitachse zeigt ebenso für die Debatten über das *Verhalten politischer AkteurInnen*, dass die Kronen Zeitung Themen vorgibt und andere Medien nachziehen.

Über die Diskursanalyse konnten aber auch die durchaus gravierenden strukturellen Unterschiede der Berichterstattung aufgezeigt werden. Zusammenfassend wurden in diesem Ausschnitt der empirischen Studie zwei starke Diskurse identifiziert: einerseits das Thema *Spesen und Gehälter*, und andererseits die Populismus- und Wahlkampfkritik in Verbindung mit dem Verhalten politischer AkteurInnen.

Einen Zusammenhang zwischen dem Verhalten politischer AkteurInnen und dem Populismusvorwurf im Zuge des Wahlkampfes konstruieren drei Zeitungen (Presse, Kurier und Standard). Allerdings entwickelt diese Äquivalenz nur im Standard eine so strukturierende Wirkung, dass sie dort zum zentralen Knotenpunkt wird. Überhaupt treten äquivalenzierende Artikulationen hauptsächlich im Standard und der Kronen Zeitung auf – hier bilden sich auch Diskurse aus. Beim Kurier und der Presse sind häufiger flottierende Artikulationen zu finden.

Jede hegemoniale Konstruktion und Sinnstiftung bedarf konkreter Grenzen, also Exklusionen (hierzu gehört auch der Verzicht auf andere Themen). Populismus impliziert eine starke Konzentration auf ein Thema – eine Grenzziehung im Inneren des Sozialen rund um zwei Pole (vgl. Laclau 2005: 81): in der Kronen Zeitung das Fehlverhalten der politischen Elite und die Ehrlichkeit des „Aufdeckers“ H.-P. Martin, der die betrogenen BürgerInnen verteidigt. Für andere Themen bleibt bei einer derartigen Hegemonialisierung wenig Platz. Das Spesenthema bindet so in unterordnenden Simultanzen sowohl verschiedene politische Inhalte als auch die Wahl-Metaebene und die Kluft zwischen Elite und BürgerInnen ein. So wird es zum zentralen Knotenpunkt.

Im Gegensatz zum Standard stellt die Populismuskritik in der Kronen Zeitung nur einen flottierenden Signifikanten dar, da dieser nie konzentriert mit anderen Themen artikuliert wird. Dem Anspruch der Kronen Zeitung folgend ist

dies nur konsequent: Nachdem sie vor allem sehr personalisierte Themen in den Vordergrund rückt (wie das Verhalten politischer AkteurInnen, Spesenthema etc.), kann sie selbst diese Themen nicht als populistisch brandmarken. Wenn es in der Kronen Zeitung um Populismus geht, dann wird meist anderen Medien oder Parteien vorgeworfen, wichtige Themen als populistisch abzutun und nicht ernst genug zu nehmen. Das Thema des Populismus tritt auch sehr häufig in LeserInnenbriefen auf, in denen die politische Elite meist pauschal als populistisch beurteilt wird, ohne dass dieser Vorwurf näher spezifiziert wird.

Die Kritik an der populistischen Verwendung verschiedener Themen wird im Standard Teil eines Knotenpunktes. Es tritt in so starker äquivalenzierender Simultanz mit dem Verhalten politischer AkteurInnen auf, dass die Simultanz (also die Kombination beider Codes) zu einem leeren Signifikanten zusammengefasst werden kann. Das Sanktionenthema wird ab einem bestimmten Zeitpunkt ein Moment der Debatte und wird an den leeren Signifikanten gebunden. Das Spesenthema tritt für den Standard hingegen eher als lösende Simultanz in Erscheinung: es wird von der Kronen Zeitung vorgegeben und bleibt, wahrscheinlich auf Grund des antagonistischen Verhältnisses der Zeitungen, relativ isoliert.

Standard und Kronen Zeitung weisen als gegensätzliche Pole eine spezifische Beziehung auf: Der Standard konstruiert die Kronen Zeitung als antagonistisches Außen. Die Analyse der Subthemen veranschaulicht ebenso das antagonistische Verhältnis zwischen Kronen Zeitung und Standard. Das Thema *Spesen und Gehälter* nahm in der Kronen Zeitung eine Sonderstellung ein, wogegen im Standard die Kritik am Wahlkampf und am allgemeinen Populismus (unter anderem der Kronen Zeitung) überwog. Die äquivalenzierenden Artikulationen in Standard und Kronen Zeitung stellen sich vor allem als antagonisierende dar, wenn ein Blick auf die intermediale Berichterstattung geworfen wird. Hier isolieren sich die jeweiligen Medien in Abgrenzung voneinander sowohl durch ihren inhaltlichen Fokus als auch in direkten Verweisen aufeinander. Die Zeitungen positionieren sich zueinander und strukturieren damit Diskurse. Der Populismus, der der Kronen Zeitung zugeschrieben wird, ist die negative Wendung und somit das Außen des zentralen Knotenpunktes im Standard, nämlich der *Populismuskritik*.

Die „neutralste“ Berichterstattung zeigt die Presse. Auch wenn über den Missbrauch der Themen zum Zwecke des Wahlkampfes ausgedehnt berichtet wird, rangieren die relativ meinungsunabhängigen Themen, wie KandidatInnenlisten, Wahlausgang und Wahlbeteiligung an prominenter Stelle. Presse und Kurier weisen weit mehr flottierende und differenzierende Artikulationen auf, d.h. verschiedene Themen werden nebeneinander diskursiviert und bleiben isoliert oder bilden höchstens schwache Diskursformationen. Zwar treten in der Presse und im Kurier ähnlich wie beim Standard der Populismusvorwurf und das Verhalten politischer AkteurInnen in eine Äquivalenz, doch dreht sich das Verhältnis von Knotenpunkt und Moment um. Hier tritt die Populismuskritik als Moment des Knotenpunktes *Verhalten politischer AkteurInnen* auf. Dementsprechend wird auch bei Presse und Kurier das Sanktionenthema eher an das Verhalten

politischer AkteurInnen gebunden als an die Populismus- und Wahlkampfkritik. Insgesamt unterscheiden sich Presse und Kurier vor allem darin, dass letzterer das Verhalten politischer AkteurInnen in den Mittelpunkt stellt, wogegen bei der Presse die Berichterstattung über politische Inhalte überwiegt.

Dieser Ausschnitt der österreichischen Medienlandschaft bietet also ein ambivalentes Bild. Es gibt unterschiedliche Gewichtungen in den Medien, einzelne Themen werden aber gegenseitig rezipiert. Durch die Analyse der Themengewichtung entlang der Zeitachse wurde vor allem sichtbar, dass sich die Hauptthemen, wie *Spesen* und *Sanktionen*, gegenseitig ablösen und wenige Spuren hinterlassen. Mit dem Fokus auf dem Spesenthema erhob allein die Kronen Zeitung eines dieser partikularen Themen zum universellen Signifikanten für die EU.

## 6. Entwicklungsmöglichkeit einer Europäischen Identität

Die Möglichkeit der Herausbildung einer Europäischen Identität ist angesichts der österreichischen medialen Diskursstruktur wohl als gering einzuschätzen. Diskurse bilden sich zwar heraus, Interaktionen finden auch statt, allerdings werden EU-Themen rein an nationale Präferenzen gebunden und selbst diese variieren stark zwischen den Medien. Genuin Europäische Themen, wie z.B. das *EU-Innen*, treten höchstens in Form von differenzierenden Artikulationen auf, d.h. sie sind quantitativ schwach ausgeprägt und tragen zu keiner Strukturierung der Debatte bei. Sie manifestieren sich also nur kurzfristig als Momente in anderen Diskursen, können aber prinzipiell als Elemente bezeichnet werden – allerhöchstens dienen sie als flottierende Signifikanten für nationale Knotenpunkte (vgl. auch Bärenreuter et al. 2006). Die Analyse zeigt auch, dass selbst wenn über ein gemeinsames Thema berichtet wird, z.B. den Spesenskandal, die diskursive Struktur der Debatten dennoch äußerst heterogen ausfällt. Das Thema kann als Knotenpunkt, Moment *oder* flottierender Signifikant auftreten. Damit findet aber auch eine völlig andere Strukturierung angehängter Themen in separaten Diskursen statt. Der österreichische Artikulationsraum bildet also keinen EU-Diskurs aus.

Das fragmentierte Diskursbild zur EP-Wahl in der österreichischen Öffentlichkeit ist ein Spiegelbild für die Diskursstruktur im gesamt-Europäischen Raum. Sinn, Zweck und Ziel der Europäischen Union können daher nicht einheitlich definiert und diskutiert werden und auch der Austausch konträrer Argumente ist selbst im nationalen Kontext schwierig. Nur wenn EU-Themen an nationale Diskurse angebunden werden, besteht die Möglichkeit zur allgemeinen Verständigung. Die Definition dieses politischen Konstruktes *sui generis* scheitert also schon am Mangel einer nationalen Diskursstruktur. Wird vor allem in Rechnung gestellt, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament die einzige direkte Möglichkeit zur Einflussnahme seitens der BürgerInnen darstellen, kann das Ergebnis dieser Studie nur in eine skeptische Zukunft der BürgerInnenidenti-

fikation weisen. Bestätigt werden können auch das Fehlen von Metanarrativen – vom EU-Projekt im Allgemeinen ist so gut wie gar nicht die Rede – und das Nebeneinander vieler fragmentierter Partikulardiskurse. Nachdem diese stark national gebunden sind und zudem eine relativ kurze Lebenszeit aufweisen, können sie auch nicht dazu dienen das Mangelgefühl im EUropäisch-politischen Subjekt zu tilgen und prekäre Stabilisierung zu erlauben. Aus radikaldemokratischer Perspektive könnte diesem Defizit nur entgegen gewirkt werden, wenn transnational und transmedial Streit und Konfrontation ermöglicht würde, um über Artikulationen die Herausbildung von gemeinsamen Strukturen zu erleichtern. Dass eine solche Struktur nur über Konfrontation gegensätzlicher Positionen konstruiert werden kann, hat sich vor allem bei der Gegenüberstellung und gegenseitigen Strukturierung von Standard und Kronen Zeitung gezeigt.

Die real-politische Möglichkeit einer solchen Streitkultur auf EUropäischer Ebene scheint momentan beschränkt, allerdings weist der hier vertretene dynamische Diskursbegriff auch in die Richtung, EUropa-Diskurse dennoch weiter zu verfolgen. Das Thema der Europäischen Union als flottierender Signifikant kann jederzeit in verschiedene Diskurse aufgenommen werden und damit sein Erscheinungsbild ändern. Nachdem das Verhältnis zwischen der Funktion des leeren Signifikanten und dem diese Funktion übernehmenden Inhalt, also zum Beispiel der Europäischen Union, kontingent ist, kann auch nicht von einer Unmöglichkeit gesprochen werden. Daher sollten auch weiterhin politisch-normative Überlegungen angestellt werden, welche Diskurse Grundlage für eine EU „in Vielfalt geeint“ darstellen könnten (vgl. Bruell 2007).

## Literaturverzeichnis

- Abromeit, Heidrun (1998): *Democracy in Europe: Legitimising Politics in a Non-State Polity*. New York (et al.): Berghahn Books.
- Bärenreuter, Christoph; Bruell, Cornelia; Gaisbauer, Helmut; Gröner, Ulrike; Kimmel, Michael; Mokre, Monika; Pausch, Markus (2006): The Referenda on the European Constitution: A Crucial Moment for the Development of a European Public Sphere? Institute for European Integration Research, EIF Working Paper No. 24.
- Bruell, Cornelia (2005): „Sprache als Werkzeug diskursiver Konstruktionen kollektiver EU-Identitäten – Der Verfassungsdiskurs als Ankerpunkt einer Analyse“, in: Helmut Heit (Hg.): *Die Werte Europas. Verfassungspatriotismus und Wertegemeinschaft in der EU?* Münster: LIT Verlag, 259-270.
- Bruell, Cornelia (2007): „EU à venir – Die Europäische Identität aus poststrukturalistischer Perspektive“, in: Matthias Belafi; Markus Krienke (Hg.), *Identitäten in Europa*. Wiesbaden: DUV, 363-383.
- Bruell, Cornelia; Mokre, Monika (2007): Chancen für Europäische Öffentlichkeiten. Eine Analyse der medialen Diskursivierung der Wahlen zum Europäischen Parlament in Österreich. Institut für Europäische Integrationsforschung, EIF Working Paper No 27.

- Castells, Manuel (2002): *Das Informationszeitalter. Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. Band 2 (Die Macht der Identität)*. Opladen: Leske + Budrich.
- Cederman, Lars-Erik (2001): „Nationalism and Bounded Integration. What it Would Take to Construct a European Demos“, *European Journal of International Relations* 7: 139-174.
- Flügel, Oliver; Heil, Reinhard; Hetzel, Andreas (Hg.) (2004): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Geissert, Benjamin; Posselt, Christian (2005): Die EU-Referenden in Frankreich und den Niederlanden. Eine Suche nach den wirklichen Gründen der Ablehnung. Internetquelle von Mehr Demokratie e.V. Download unter: <http://www.mehr-demokratie.de> (Zugriff am 28.05.2007).
- Grimm, Dieter (1995): „Braucht Europa eine Verfassung?“, *Juristenzeitung* 50/12: 581-591.
- Habermas, Jürgen (1982): *Theorie des kommunikativen Handelns: Handlungsrationali-tät und gesellschaftliche Rationalisierung*. 2 Bände. Frankfurt am Main: Suhr-kamp.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Heit, Helmut (Hg.) (2005): *Die Werte Europas. Verfassungspatriotismus und Wertege-meinschaft in der EU?* Münster: LIT Verlag.
- Hetzel, Andreas (2004): „Demokratie ohne Grund. Ernesto Laclaus Transformation der Politischen Theorie“, in: Oliver Flügel; Reinhard Heil; Andreas Hetzel (Hg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 185-210.
- Holzinger, Katharina; Knill, Christoph; Peters, Dirk; Rittberger, Berthold; Schimmel-fennig, Frank; Wagner, Wolfgang (2005): *Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte*. München u.a.: Schöningh (UTB).
- Kielmansegg, Peter Graf (1996): „Integration und Demokratie“, in: Markus Jachten-fuchs; Beate Kohler-Koch (Hg.): *Europäische Integration*. Opladen: UTB, 47-71.
- Kirchhof, Paul (1992): „Der deutsche Staat im Prozess der europäischen Integration“, in: Josef Isensee; Paul Kirchhof (Hg.): *Handbuch des Staatsrechts der Bundesre-publik Deutschland*, Band VII: Normativität und Schutz der Verfassung – Interna-tionale Beziehungen. Heidelberg: Müller, 866-887.
- Lacan, Jacques (1977): *Écrits. A selection*. London: Tavistock Publications.
- Lacan, Jacques (2006): „Das Symbolische, das Imaginäre und das Reale“, in: ders.: *Namen-des-Vaters*. Wien: Turia + Kant, 11-61.
- Laclau, Ernesto (1990): *New Reflections on the Revolution of Our Time*. London, New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (1993): „Discourse“, in: Robert E. Goodin; Philip Pettit (Hg.): *A com-panion to contemporary political philosophy*. Oxford: Blackwell, 431-437.
- Laclau, Ernesto (2005): *On Populist Reason*. London, New York: Verso.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics*. London, New York: Verso.
- Laclau, Ernesto; Zac, Lilian (1994): „Minding the Gap: The Subject of Politics“, in: Ernesto Laclau (Hg.): *The Making of Political Identities*. London/New York: Ver-so, 11-39.
- Lefort, Claude (1990): „Die Frage der Demokratie“, in: Ulrich Rödel (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 281-297.

- Lefort, Claude (1999): *Fortdauer des Theologisch-Politischen?* Wien: Passagen Verlag.
- Marchart, Oliver (Hg.) (1998): *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*. Wien: Turia + Kant.
- Meyer, Thomas (2004): *Die Identität Europas: der EU eine Seele?* Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Moravcsik, Andrew (1998): *The Choice for Europe*. London: UCL Press.
- Norval, Aletta J. (2004): „Hegemony after Deconstruction: The Consequences of Undecidability“, *Journal of Political Ideologies* 9:2, 139-57.
- Smith, Anna Marie (1998): *Laclau and Mouffe: the Radical Democratic Imaginary*. London, New York: Routledge.
- Wæver, Ole (2004): „Discursive Approaches“, in: Antje Wiener; Thomas Diez (Hg.): *European Integration Theory*. Oxford: Oxford Univ. Press, 197-215.
- Wallace, Helen; Wallace, William (Hg.) (1983): *Policy-Making in the European Community*. Oxford: Oxford University Press.
- Weiler, Joseph H. H. (1995): „European Democracy and its Critique“, *West European Politics* 18: 4-40.
- Weiler, Joseph H. H. (1999): *The Constitution of Europe: „Do the New Clothes Have an Emperor“ and Other Essays on European Integration*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Zweifel, Thomas D. (2002): *Democratic Deficit?* Oxford u.a.: Lexington Books.